



Pressemitteilung 010/2017

## Bundesregierung setzt Einigung mit E U zur Infrastrukturabgabe um

**Dobrindt: Wir vollziehen einen echten Systemwechsel**



Quelle: BMVI

Das Bundeskabinett hat heute den von Bundesminister **Alexander Dobrindt** vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Infrastrukturabgabengesetzes beschlossen. Damit setzt die Bundesregierung die Einigung mit der E U-Kommission um. Neben einer Stärkung der ökologischen Komponente bei der K F Z-Steuer werden die Preise für Kurzzeitvignetten ausländischer K F Z-Halter stärker gespreizt. Für inländische K F Z-Halter wird es keine Mehrbelastung geben.

**Dobrindt:**

Mit der Infrastrukturabgabe vollziehen wir einen echten Systemwechsel von der Steuer- zur Nutzerfinanzierung. Wir erreichen damit rund 4 Milliarden Euro Einnahmen pro Jahr, zweckgebunden für die Investitionen in die Infrastruktur. Für inländische Autofahrer gibt es keine Mehrbelastungen. Wer ein besonders umweltfreundliches Euro 6-Fahrzeug fährt, zahlt unterm Strich sogar weniger als bisher.



Die Erhebung der Infrastrukturabgabe wird mittels einer elektronischen Vignette erfolgen - unkompliziert und unbürokratisch. Die Gesamteinnahmen liegen jährlich bei rund 4 Milliarden Euro, die zukünftig zweckgebunden für Investitionen in die Infrastruktur zur Verfügung stehen. Nach Abschluss des parlamentarischen Verfahrens folgt die technische Umsetzung des Erhebungssystems. Die Infrastrukturabgabe wird in der kommenden Wahlperiode eingeführt.

Infrastrukturabgabe im Kabinett P K mit B M Dobrindt

- © 2019 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
-